

**Die neue
Kontinental Sperre**

**Ist Grossbritannien wirtschaftlich
bedroht?**

Von

Dr. Hermann Levy
a. o. Professor in Heidelberg

Berlin
Verlag von Julius Springer
1915

Die neue
Kontinentalsperre

**Ist Grossbritannien wirtschaftlich
bedroht?**

Von

Dr. Hermann Levy
a. o. Professor in Heidelberg



Berlin
Verlag von Julius Springer
1915

ISBN-13: 978-3-642-94021-7
DOI: 10.1007/978-3-642-94421-5

e-ISBN-13: 978-3-642-94421-5

Zweimal hat im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts die Frage der Brotgetreideversorgung das britische Inselreich in schwere Sorge versetzt.

Einmal zur Zeit der Kontinentalsperre, die Napoleon im Jahre 1806 über England verhängte. Das Mißgeschick wollte es, daß diese Maßnahme Frankreichs zusammenfiel mit einer Periode denkbar ungünstiger Ernten in England. So entstand eine Teuerung; Getreide- und Brotpreise stiegen um das Doppelte und Dreifache, alles noch bebaubare Land wurde angebaut, und es ist für uns im heutigen Krieg Lebende interessant, daß auch in damaliger Zeit, freilich auf einer minder wissenschaftlichen Grundlage als jetzt, der Versuch gemacht wurde, das immer knapper werdende Brotgetreide durch alle möglichen anderen Nahrungsmittel zu ersetzen; so sind die damaligen agrarwirtschaftlichen Schriften, besonders die berühmten landwirtschaftlichen Annalen, voll von Küchenrezepten, welche der englischen Bevölkerung über das Leiden hinweghelfen sollten. Das englische Volk hat damals jene Notlage überstanden. Der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat hatte erst seit etwa 30—40 Jahren eingesetzt. Noch lebte ein großer Teil der englischen Bevölkerung auf dem Lande, konnte sich also mit selbstgebauten Nahrungsmitteln versorgen und spielte etwa die Rolle, welche in unserem heutigen Gesetz über die

Brotgetreideversorgung im Kriege die sogenannten „Selbstversorger“ einnehmen. Vor allem aber war das englische Volk noch anspruchslos, häuslich und häuslicherisch. Alle diese Momente, verbunden mit der Tatsache, daß England noch einen großen Teil seines Bedarfes an Brotgetreide selbst baute, bewirkten, daß der Aushungerungsplan Napoleons zunichte wurde.

Zum zweiten Mal wurde das Brotgetreideproblem in Großbritannien bedrohlich, als zu Anfang der vierziger Jahre wiederum eine starke Teuerung einsetzte. Hohe Getreidezölle versperrten jetzt im Frieden die Einfuhr billigen ausländischen Getreides und perpetuierten gewissermaßen, besonders in schlechten Erntejahren, den Zustand der Kontinental Sperre. Obschon zwar die Weizenpreise in den vierziger Jahren nicht annähernd mehr die Höhe erreichten, die sie zur Zeit der Kontinental Sperre innegehabt hatten (im Jahre 1812 hatte Weizen 126 sh 6 d per Quarter gekostet, in den Jahren 1840—1846 schwankte er zwischen 50 sh und 66 sh), war das englische Volk nicht mehr in der Lage, die Teuerung zu ertragen, ganz besonders, als im Jahre 1845 die berühmt gewordene Mißernte der Kartoffeln in Irland die Ernährungsschwierigkeiten weiter steigerte. Die oben genannten Tatsachen, welche in den Zeiten kriegerischer Not die Geduld des englischen Volkes gestärkt hatten, waren jetzt im Frieden nicht mehr stark genug, um Brotrevolten schlimmster Art zu verhindern. Der englische Premierminister Sir Robert Peel, der ursprünglich von seiner Partei gewählt worden war, um die Getreidezölle zu unterstützen, sah sich aus politischen Gründen genötigt, dem Schrei des Volkes nach Abhilfe der Teuerung zu willfahren; im Jahre 1846 wurden die Getreidezölle beseitigt.

Seit dieser Zeit hat — von drei Jahren, nämlich 1854 bis 1856 abgesehen — die Frage der Brotgetreideversor-

gung in England keine irgendwie erheblichen Schwierigkeiten mehr bereitet. Ja, als zu Mitte der siebziger Jahre die überseeische Getreideausfuhr begann, sah sich das Freihandelsland in die Lage versetzt, zu immer sinkenden Preisen Weizen von auswärts zu beziehen, so daß man sich schließlich daran gewöhnte, mit einem Weizenpreis von 25—28 sh, höchstens 30 sh per Quarter in England zu rechnen.

Diese, seit mehr als einem halben Jahrhundert bestehende Sicherheit billiger Brotgetreideversorgung hat in England dazu geführt, daß man ohne irgendwelche Besorgnisse im Falle eines Krieges den Möglichkeiten der Nahrungsmittelzufuhr ins Auge sah. Diese Sorglosigkeit spiegelt sich vor allem in der Nichtbeachtung der Resultate eines parlamentarischen Ausschußberichts wieder, der, auf Grund einer umfassenden Untersuchung im Jahre 1905 veröffentlicht wurde und sich mit der Frage „der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in Kriegszeit“ befaßte. In diesem Berichte wurde zwar ermittelt, daß die Wochenkonsumtion des englischen Volkes an Weizen etwa 550 bis 600 000 Quarters betrage, während die eigene Weizenproduktion im Jahr nur etwa 6—7 Millionen Quarters ausmache, und daß ferner die vorhandenen Weizenvorräte im besten Falle für 17 Wochen, im schlechtesten Falle für nur 6½ Wochen zu reichen pflegten. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß man, wenn man die Möglichkeit und die Wirkungen einer Teuerung in England betrachte, nicht an die Zustände zur Zeit Napoleons oder des Krimkrieges denken dürfe; denn, „obschon die arbeitenden Klassen damals im allgemeinen weniger wohlhabend gewesen seien als jetzt, so wären sie doch auch besser in der Lage gewesen, die hohen Nahrungsmittelpreise zu überwinden, als es in heutiger Zeit der Fall sein würde. Ein verhältnismäßig größerer Teil der Bevölkerung sei in der Landwirtschaft

beschäftigt gewesen (im Jahre 1811 33 % gegen 3 % im Jahre 1901); ein bedeutender Teil ihrer Löhne sei in Naturalien gezahlt worden; andere Arbeiter hätten bei ihren Arbeitsherrn gewohnt und Nahrung erhalten; außerdem sei es wahrscheinlich, soweit die übrige Arbeiterbevölkerung in Frage komme, daß seit Beginn des letzten Jahrhunderts die Ausgaben für die Wohnung gewachsen seien. In jedem Fall könne man kaum annehmen, daß die arbeitenden Klassen sozusagen automatisch zu der Lebensweise jener Zeit oder selbst zu den Bedingungen, welche während des Krimkrieges geherrscht hätten, zurückkehren könnten.“ Am Schlusse des genannten Berichtes wurde ferner geradezu gesagt, wenn in einem Kriege eine Verminderung der Zufuhren vom Auslande stattfinden würde, und zwar diese Verringerung zu einer Zeit im Jahre einsetzte, wenn die Bestände des heimischen Weizens verbraucht wären, so würde „nicht nur eine bedenkliche Preissteigerung einsetzen, die auf das mangelnde Angebot zurückzuführen wäre und ihrerseits wieder eine gefährliche Panik hervorrufen könne, sondern es könnte noch eine so starke Not des Landes hinzukommen, daß dieses den Krieg nicht würde weiterführen können“.

Trotz dieser nicht zu verkennenden Warnungszeichen war die Sorglosigkeit Englands bezüglich seiner Getreideversorgung im Kriege so groß, daß man die Warnungen nicht beachten zu müssen glaubte. Diese Sorglosigkeit, die, wie oben gesagt, ihren psychologischen Untergrund in dem jahrzehntelangen Ausbleiben irgendwelcher Versorgungsschwierigkeiten fand, wurde in jenem Berichte noch durch folgende Erwägungen gestützt:

1. Die maritime Machtstellung Großbritanniens, so argumentierte man, werde unbedingt dafür sorgen, daß England in seiner Nahrungsmittelzufuhr

nicht abgeschnitten werden könne. Es hieß: „In allem was oben gesagt worden ist, haben wir angenommen, daß unsere Machtstellung zur See nicht verloren gegangen ist, d. h., daß die Entwicklung der Dinge nicht einen Punkt erreicht hat, bei welchem unsere Marine nicht länger imstande wäre, einen organisierten Angriff auf unseren Handel abzuschlagen; denn wenn dies einträte, dann würde nicht länger angenommen werden können, daß wir unsere Zufuhren ohne eine bedeutende Verringerung erhalten könnten und daß die Gefahr der tatsächlichen Aushungerung nicht bestünde.“

2. Die Behinderung der Nahrungsmittelzufuhr mußte nach Auffassung jenes Berichtes vom v ö l k e r r e c h t l i c h e n S t a n d p u n k t e aus, heute mehr als je, ausgeschlossen erscheinen. In den Fragen, welche von den Ausschußmitgliedern den Sachverständigen vorgelegt wurden, war stets die unausgesprochene Annahme die, daß England von zwei Mächten, nämlich Frankreich und Rußland, zur See bedroht werde und damit die Einfuhr von Getreide gefährdet werden könne. Um zu erweisen, daß eine solche Gefährdung der Nahrungsmittelzufuhr allen völkerrechtlichen Grundsätzen ins Gesicht schlug, wurde in dem Ausschußbericht ausdrücklich die Stellungnahme Englands in derartigen Fragen betont. Es hieß: „Frankreich trat im Jahre 1885 mit der Absicht hervor, im Kriege mit China Reis als Konterbande zu behandeln, indem es sich auf die Wichtigkeit dieses Nahrungsmittels für die chinesische Zivil- und Militärbevölkerung stützte; dieses Benehmen war um so bemerkenswerter, als während der ganzen Geschichte des Völkerrechts Frankreich sich dadurch ausgezeichnet hatte, daß es sich weigerte, in irgendeinem Falle Nahrungsmittel als Konterbande anzuerkennen. Die britische Regierung protestierte, aber, infolge des raschen Abschlusses des Krieges, wurde die Kontroverse abgeschnitten. Rußland ist, wie schon er-

wähnt, zu Beginn des gegenwärtigen Krieges (1904) soweit gegangen, Nahrungsmittel in die Liste der absoluten Konterbande zu setzen, und zwar besonders: Reis, alle Arten von Getreide, Fisch, Fischerzeugnisse, Bohnen, Bohnenöl und Ölkuchen. Rußland hat jedoch von dieser Stellungnahme Abstand genommen auf Grund der energischen Proteste verschiedener Großmächte, ganz besonders Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, und im Anschluß an das Gutachten eines Ausschusses, den Professor de Martens leitete Lord Lansdownes Erklärung vom 1. Juni 1904 stellte fest: Die Regierung Sr. Majestät bemerkt mit großer Sorge, daß Reis und Nahrungsmittel als unbedingte Konterbande behandelt werden sollen, eine Maßnahme, die sie mit dem Recht und der Rechtsausübung der Nation für unvereinbar halte.“ Durch derartige Feststellungen, zu deren Unterstützung noch verschiedene andere Gutachten herangezogen wurden, glaubte der englische Ausschlußbericht vom Jahre 1905 die Sicherheit zu erweisen, daß Großbritannien aus rein völkerrechtlichen Gründen im Falle eines Seekrieges die Unterbindung der Nahrungsmittelzufuhr nicht zu befürchten habe.

3. Endlich wurde die weltwirtschaftliche Position Englands als ein Sicherheitsfaktor gegenüber einer etwaigen Schwierigkeit der Brotgetreide- und Rohstoffversorgung im Kriege hervorgehoben. Ganz besonders wurde darauf verwiesen, daß Weizen das ganze Jahr hindurch „in ununterbrochenem Verlaufe“ nach England gelange (Seite 9). Der eigentliche Beginn der Zufuhren fände statt: im Januar von der pazifischen Küste Amerikas, im Februar und März von Argentinien, im April von Australien, im Mai, Juni und Juli von Indien, im Juli und August beginne die Zufuhr amerikanischen Winterweizens, im September und Oktober diejenige von amerikanischem Sommerweizen und russi-

schem Weizen, im November diejenige von kanadischem Weizen. Eine statistische Tabelle, welche dem Berichte beilag, zeigte, daß in der Tat die Monatszufuhren, ohne Rücksicht auf ihre Provenienz betrachtet, keine erheblichen Schwankungen aufwiesen; so betrug im Jahre 1903 das Maximum 2,6 Millionen Quarters im Oktober, das Minimum im Februar 1,5. Sehr viel anders aber stand es, wenn man diese Ziffern mit Rücksicht auf die Zufuhrprovenienz betrachtete; es zeigte sich dann, daß nur die Exporte der Vereinigten Staaten von Amerika Schwankungen aufwiesen, die nicht über oder nicht wesentlich über das Maß der Schwankungen der monatlichen Gesamtzufuhren hinausgingen; demgegenüber ergab sich z. B. bei der Einfuhr aus Argentinien, daß diese im Durchschnitt der Jahre 1902/03 in durchaus regelmäßiger Steigerung von 21 000 Quarters im September auf 494 000 Quarters im Mai angewachsen war, während umgekehrt die Zufuhr aus Kanada von 360 000 Quarters im September auf 106 000 Quarters schon im Februar zurückging (vgl. Vol. 111, S. 142). Der Ausschlußbericht zog aber aus dieser Tatsache nicht die notwendigen Konsequenzen, sondern sah in dem Moment des „uninterrupted stream“, aus welchem dem Inselland während des ganzen Jahres Weizen zuflösse, eine ausreichende Sicherheit für die Vorratsversorgung in einem Kriege.

Jene drei Fundamente, auf denen man in England die Sicherheit einer ausreichenden Brotgetreideversorgung im Kriege aufgebaut hatte, haben sich im Weltkrieg als trügerisch erwiesen.

Den Schutz, den das Völkerrecht der Sicherstellung des Nahrungsmittelbedarfs der Zivilbevölkerung eines kriegführenden Landes gewährte, hat Großbritannien selbst zertrümmert. Großbritannien durchbrach die bisher von ihm selbst anerkannten Grundsätze, indem es dem Deutschen Reiche mit der Aushungerung wie einer be-

lagerten Festung drohte, die Nahrungsmittelzufuhr nach Deutschland tatsächlich abspernte oder durch willkürliche Anwendung angeblicher Rechtsgrundsätze die Einfuhr von Getreide und industriellen Rohstoffen nach Deutschland tatsächlich unmöglich machte. Die Folge dieses Entschlusses und seiner Ausführung wurde aber England selbst verhängnisvoll. Die neue Waffe zur See, das Unterseeboot in seiner von der deutschen Marine geschaffenen Vervollkommnung hatte die wichtigste Voraussetzung, auf welche England alle seine Zuversichten gebaut hatte, die kriegerische Unantastbarkeit seiner eigenen Küste und damit des britischen Handelsverkehrs erschüttert. Der Unterseebootkrieg, der selbstverständlich von dem großen Parlamentsausschuß des Jahres 1905 noch nicht geahnt werden konnte, bot die Möglichkeit, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und als Erwiderung auf den englischen Aushungerungsplan die Ankündigung einer bisher in ihrer Form unbekanntenen Blockade folgen zu lassen. Seit dem 18. Februar 1915 setzte die planmäßige Bedrängung der englischen Handelsschiffahrt durch die deutschen Unterseeboote in der von dem deutschen Reich als Kriegsgebiet erklärten Zone ein.

Immerhin war mit diesen Tatsachen noch keineswegs ein völliger Verlust der Versorgungssicherheit gegeben, auf welche Großbritannien seine Vorsorge für die Wirtschaft im Kriege gestellt hatte.

Bei der Beurteilung der tatsächlichen Einwirkung des Unterseebootkrieges auf die wirtschaftliche Lage Englands ist folgendes zu bedenken: daß England durch Unterseeboote in kurzer Zeit ausgehungert oder von aller Rohstoffzufuhr abgeschnitten werden könne, ist von denjenigen, welche einen Einblick in die Verwendungsart dieser neuen Seewaffe hatten, niemals vorausgesetzt worden; was aber die Ereignisse des U-Bootkrieges gezeigt haben, ist, daß eine ganz außerordentliche und

bisher in England völlig unbekannte Bedrohung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Englands durch die Unterseebootgefahr hervorgerufen worden ist. Dabei gilt es, zweierlei zu unterscheiden. Erstens: diejenige Wirkung der Unterseeboote, die in einer tatsächlichen Torpedierung englischer Handelsschiffe und damit in einer Verringerung des in diesem Kriege so ungeheuer wichtigen Frachtraumes, der Vernichtung für England notwendiger Einfuhrmengen usw., besteht. Zweitens aber hat der Unterseebootkrieg dem englischen Wirtschaftsleben eine ganze Reihe wichtiger Schädigungen zugefügt, von denen man sagen kann, daß sie weniger mit den unmittelbaren Wirkungen der U-Boote als mit mittelbaren Erfolgen derselben zusammenhängen. Hier ist freilich zu bedenken, daß die Erschütterung des englischen Wirtschaftslebens auf Grund der Tätigkeit unserer Unterseeboote mit verschiedenen anderen Umständen zusammenfällt, die zunächst mit dem Unterseebootkrieg keine Verbindung hatten, die aber durch das Zusammentreffen mit dieser kriegerischen Aktion unserer Flotte in ihren für England schädigenden Wirkungen ganz erheblich gesteigert wurden. Diesen Umständen wird in der folgenden Betrachtung ebenso Rechnung zu tragen sein, wie den unmittelbaren Erfolgen der Unterseeboote selbst. Erst dann wird man erkennen können, in welchem erheblichen Maße die Tätigkeit der Unterseeboote an der wirtschaftlichen Bedrohung Großbritanniens während des Krieges beteiligt gewesen ist.

Unter den vielseitigen Erscheinungen, welche die Erschütterung der englischen Wirtschaftslage im Weltkrieg aufweist, nimmt immer wieder die Lebensmittel-

teuerung die erste Rolle ein. Hierin entspricht die neue Kontinentalsperre durchaus der alten. Auch damals hatte sich die Erschwerung der Einfuhr- und Ausfuhrmöglichkeiten nicht nur in der Bedrohung des Konsums, sondern auch in schweren industriellen Krisen geäußert. Unverkäuflich stapelten sich die Erzeugnisse der damals noch jungen englischen Großindustrie auf, in solchem Maße, daß nach dem Zusammenbruch Napoleons in den kontinentalen Ländern der Schreckensruf ertönte, daß nunmehr auf die Invasion der französischen Truppen die Invasion der englischen Waren folgen werde. Aber all jene mit der industriellen Lage zusammenhängenden Fragen waren doch schon zur Zeit der alten Kontinentalsperre sekundärer Art, wenn man sie mit der Bedrohung der Ernährungsmöglichkeit der breiten Massen verglich. Lange Zeit noch war immer das eigentliche Gespenst der Kontinentalsperre die Furcht vor der Aushungerung. Auch heute steht neben vielfachen anderen Wirkungen des Weltkrieges das Problem der Nahrungsmittelteuerung im Mittelpunkte der englischen Wirtschaftsfragen.

Betrachten wir zunächst die wichtigste Tatsache: die Entwicklung des Weizenpreises im ersten Kriegsjahr und deren Bedeutung. Am kürzesten veranschaulichen die Entwicklung die folgenden Ziffern (vgl. „Economist“ vom 15. Mai):

	Weizenpreis per Quarter (= 224 kg) im Durchschnitt der Woche					
	v. 8.—15. Mai 1915		1.—8. Mai 1915		8.—15. Mai 1914	
	sh.	d.	sh.	d.	sh.	d.
Englischer Weizen . . .	60	5	56	5	32	2
Preis in Chicago . . .	41	11	41	9½	28	2½
Preis in Winnipeg . . .	42	1	41	2	29	2

Ferner betrug der Preis:

von	am 8. Mai 1915		am 4. Juli 1914	
	sh.	d.	sh.	d.
Manitoba-Weizen Nr. 1 in London . . .	73	—	32	9
Weizenmehl in London (engl. Sack) . . .	54	—	28	3

Die hier angegebene Preisentwicklung bedarf naturgemäß einer Erläuterung. Zunächst ist zu erkennen, wie außerordentlich stark, absolut betrachtet, die Steigerung der Weizenpreise in England während des Weltkrieges gewesen ist. Der Preis des besten, in England gehandelten Weizens, des Manitobaweizens Nr. 1 betrug zu Anfang Mai 1915 weit mehr als doppelt soviel wie etwa 4 Wochen vor Ausbruch des Weltkrieges. Der Preis von 73 sh zu Anfang Mai würde, in deutsche Währung und deutsches Gewicht umgerechnet, etwa 330 Mark pro Tonne bedeuteten haben, während in Deutschland der Höchstpreis für den Bezirk Berlin 260 Mark betrug. Zu bedenken aber ist, daß in Deutschland im Gegensatz zu England nicht Weizen, sondern Roggen das hauptsächlich für die Volksernährung in Frage kommende Brotgetreide ist. Vergleicht man aber den englischen Weizenpreis mit dem deutschen Roggenhöchstpreis, der in Berlin 220 Mark betrug, so wird die außerordentliche Steigerung des englischen Preises noch stärker erkennbar.

Es hatte also eine völlige Umkehrung der Preisverhältnisse des internationalen Getreidemarktes stattgefunden: der deutsche Weizenpreis, der sonst im Durchschnitt um den Zollbetrag, d. h. also seit dem Jahre 1906 um etwa 55 Mark über dem englischen zu stehen pflegte, betrug jetzt 70 Mark pro Tonne weniger als dieser. Der Preis für englischen Weizen stieg nach dem „Economist“ vom 15. Mai 1915 auf dem Londoner Markt bis zu 67 sh (der oben zitierte Durchschnittspreis für englischen Weizen bringt diese Steigerung der besten englischen Qualität noch nicht zum Ausdruck). Will man einen derartigen Preis für englischen Weizen, der sich über 60 sh per Quarter erhebt, in der Preisgeschichte der letzten Jahrzehnte finden, so muß man auf die Jahre 1867 und 1868 zurückgehen. Es ist aber zu bedenken, daß zu Mitte der neunziger Jahre der Preis für englischen Weizen

nur 22—23 sh betragen hatte, und daß selbst vor dem Auftreten der großen überseeischen Getreideimporte, also in den fünfziger und sechziger Jahren, der Preis nicht selten im Jahresdurchschnitt zwischen 40 und 45 sh schwankte. Damit ist jene Preisentwicklung, die seit dem Beginn des Weltkrieges in England einsetzte, ihre eigentliche Verstärkung aber erst seit Januar 1915 fand, in ihrer Außergewöhnlichkeit genügend charakterisiert. Daß der Mehlpreis mit jener Steigerung der Getreidepreise Schritt hielt, zeigen ebenfalls die angegebenen Ziffern, während der Brotpreis, der in Friedenszeiten etwa $5\frac{1}{2}$ d für 4 englische Pfund zu betragen pflegte, im Mai 1915 (nach Angaben der „Times“ vom 24. Mai) in englischen Großstädten auf $8\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$ d gestiegen war.

Zu dieser absoluten Steigerung der englischen Weizenpreise gesellte sich eine vom weltwirtschaftlichen Standpunkte aus besonders bemerkenswerte Tatsache. Während in Friedenszeiten zwischen dem Preis des englischen Weizens und demjenigen der großen überseeischen Exportmärkte, wie man aus obigen Ziffern ersieht, nur eine Differenz von wenigen Schillingen bestanden hatte, stieg diese Differenz im Weltkrieg so bedeutend, daß zu Mitte Mai der Preis des englischen Weizens um etwa ein Drittel höher war als derjenige in Chicago und Winnipeg, ja der Preis von Manitobaweizen Nr. 1 in London sogar um etwa 30 Schilling per Quarter höher als der Preis des Weizens in jenen überseeischen Gebieten. England befand sich daher in jener Zeit in derselben Lage wie ein Land, das einen Zoll von etwa 135 Mark pro Tonne Weizen auf die Einfuhr gelegt haben würde. Das Land, welches bisher den Freihandel als sein unantastbares Gut betrachtet hatte, sah also seinen Preis gegenüber demjenigen des Weltmarktes um einen Betrag verteuert, der, wenn man alle Weizenqualitäten im Durchschnitt betrachtet, etwa doppelt so hoch war wie

der deutsche Weizen Zoll. Wenn man bedenkt, welche endlosen Debatten zur Zeit der Chamberlainschen Tarifreformvorschläge die Frage hervorgerufen hatte, ob man einen Zoll von 1 Schilling per Quarter, d. h. von etwa 4,50 Mark pro Tonne für ausländischen Weizen erheben dürfe, und wenn man bedenkt, daß dieser Zoll als eine ungebührliche Belastung der Konsumenten zurückgewiesen wurde, so wird man begreifen können, was es für England bedeutete, seinen Weizen gegenüber dem Weltmarkt um 90—135 Mark die Tonne verteuert zu sehen.

Die genaue Beurteilung der sozialen Belastung dieser enormen Preissteigerung ist naturgemäß insofern noch nicht abzuschließen, als man nicht weiß, in welchem Maße die Steigerung der Lebensmittelpreise in England durch eine Erhöhung der Löhne in ihren Wirkungen herabgemindert worden ist. Soviel aber steht fest: daß die Erhöhung der Löhne, welche die Arbeiter zum Teil nur durch Streikbewegungen durchsetzen konnten, in keinem Verhältnis stand zu der Verteuerung der Lebensweise. In der „Times“ vom 8. März wurde berechnet, daß der englische Arbeiter 20 sh für Lebensmittel ausgeben müsse, zu deren Bestreitung im Frieden 14—15 sh genügt hätten. „Unzufriedenheit in der Arbeiterwelt“, so schrieb die „Times“ damals, „ist weit verbreitet und in jedem einzelnen Fall wird sie mit den erhöhten Kosten der Ernährung begründet.“ Es ist vor allen Dingen auch zu bedenken, daß die Fleischpreise eine Erhöhung erfuhren. Nach dem „Economist“ vom 15. Mai 1915 hatte zu Anfang August 1914 der Preis für 8 Pfund gewöhnlichen Rindfleisches 3 sh 4 d betragen, während er zu Anfang Mai 1915 auf 4 sh 8 d gestiegen war. Die eigentliche Steigerung der Fleischpreise hatte zwar erst zu Anfang März begonnen. Gegen Ende Mai wurde die Fleischknappheit so ersichtlich, daß die Schlächterläden großer Industriezentren, wie Man-

chester, Salford und Pendelton beschlossen, nur dreimal in der Woche überhaupt Fleisch zum Verkauf zu stellen und ein Mahnruf an die englische Bevölkerung erging, den Fleischkonsum im Interesse der Ernährung einzuschränken. „Der Preis des Fleisches fährt fort in beunruhigender Weise zu steigen,“ so schrieb die „Times“ vom 21. Mai 1915; „die Ursache ist die Knappheit der Zufuhren. Die Einfuhr von Rindfleisch ist um 28,75 %, die Einfuhr von Hammelfleisch um 19 und die Einfuhr von frischem Schweinefleisch um 57,5 % geringer als im Vorjahre.“ Dazu kam, daß die außerordentlich hohen Getreide- und Futtermittelpreise die englischen Landwirte veranlaßt hatten, den Bestand des Viehes möglichst rasch zu reduzieren. Dies hatte ebenfalls nach sachverständigen Angaben zunächst zu einer reichlichen Versorgung der Märkte mit englischem Fleisch geführt, dann aber, als die Abschlachtungen sich verminderten, eine entsprechende Verringerung der normalen Zufuhr auch von heimischem Fleisch zur Folge gehabt, was wiederum die Aufwärtsbewegung der Fleischpreise verstärkte. Hier lag sicherlich ein Gegensatz zu der Teuerung der alten Kontinental Sperre vor. Denn während bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nach den Angaben des verstorbenen englischen Statistikers Wilson Fox die englische Arbeiterbevölkerung, insbesondere die Landarbeiter, in der Regel nur zwei- bis dreimal in der Woche, wenn täglich jedenfalls nur einmal Fleisch genossen, ist im Laufe des 19. Jahrhunderts der Konsum von Fleisch in England — und zwar nicht von Wurst und Speck, sondern von Rind- und Hammelfleisch — zu der durchaus gewohnten, zweimal täglichen Nahrung des englischen Arbeiters geworden, eine Tatsache, die ja aus der überwiegenden Industrialisierung und Verstädtlichung des Landes ohne weiteres zu erklären ist. Die Verteuerung des Fleisches mußte also vom sozialen Standpunkte aus bedeutend empfindlicher

wirken als zu einer Zeit, in welcher die Fleischnahrung noch für die große Masse des Volkes ein bloßer Luxus gewesen war.

Es ist daher durchaus verständlich, wenn in einer Parlamentssitzung vom 19. Mai 1915 Mr. Prothero, dessen Name in der englischen Landwirtschaft wohlbekannt ist, die dringende Aufmerksamkeit des Hauses auf die Nahrungsmittelsorgen richten zu müssen glaubte. „Mit leeren Mägen“, so lautete das Protokoll seiner Rede in der „Times“, „könnten die Leute weder fechten noch arbeiten, so daß diese Frage einen wichtigen Teil der kriegerischen Vorbereitungen bedeute. Die Preise, zu denen Brot und Weizen verkauft würden, könnten ein sehr bedenkliches Moment in diesem Kriege werden. Sie könnten auf eine Höhe gehen, welche den Entschluß der Nation, den Krieg bis zum vollständigen Siege fortzuführen, schwächen würde.“ Es ist in diesem Zusammenhang auch zu bedenken, daß die Widerstandsfähigkeit des englischen Volkes gegenüber Nahrungsmittelsorgen viel geringer sein muß als die des deutschen Volkes. Denn die Nahrungsmittelfrage ist nicht nur eine Frage nahrungsphysiologischer Natur, sondern auch eine solche der Gewohnheit und des Geschmacks; nicht nur die Natur des Menschen, sondern auch sein soziales Empfinden kann gegenüber Erschütterungen der gewohnten Ernährungsweise rebellisch werden. In Deutschland aber liegt die Ernährung noch in viel stärkerem Maße als in England in den Händen der Hausfrau, die in der Lage ist, sich veränderten Verhältnissen anzupassen, durch andersgeartete Gerichte Ersparnisse herbeizuführen und die teurer werdenden Nahrungsmittel durch minder teure zu ersetzen. All dergleichen Möglichkeiten sind in einem Lande von so langjähriger hochkapitalistischer Entwicklung wie in England in weit geringerem Maße vorhanden. Ja, es ist charakteristisch, daß ein englischer Untersuchungsausschuß, der

vor einigen Jahren die Lebensweise der englischen und deutschen Arbeiter miteinander verglich, zu dem Resultate kam, daß der deutsche Arbeiter trotz niedrigerer Löhne und höherer Nahrungsmittelpreise vielfach besser lebe als der englische. Diese Tatsache, welche in England auch von anderer Seite vielfach hervorgehoben worden ist, beruht auf der von uns nicht hoch genug einzuschätzenden, noch vorhandenen größeren Sparsamkeit und Geschicklichkeit in der Verwendung von Nahrungsmitteln im Haushalt und der dadurch geringeren Abhängigkeit der deutschen Arbeitermassen vom Einkauf teurer, aber ohne Aufwand von Arbeit konsumfähiger Eßwaren. Daß diese in der soziologischen Entwicklung beider Länder liegenden Gegensätze für die Frage der Überwindung einer Teuerung von höchstem Einfluß sind, bedarf keines weiteren Beweises.

Soviel über die hauptsächlichsten Tatsachen der Teuerung und ihre soziale Bedeutung. Die Ursachen, welche zu dieser von England bei Ausbruch des Krieges nicht geahnten verhängnisvollen Entwicklung führten, und damit 100 Jahre nach dem Zusammenbruch der alten Kontinentalperre ein altes Schreckgespenst zu neuer Wirklichkeit bringen konnten, sollen nunmehr klargelegt werden.

Die Theorie vom „ununterbrochenen Verlaufe“ hatte damit gerechnet, daß England in einem Seekriege oder einem kontinentalen Kriege größeren Umfanges in der Nahrungsmittelzufuhr aus gewissen Exportgebieten behindert werden könne. Aber die Erkenntnis dieser Gefahr wurde von der Anschauung überwunden, daß Groß-Britannien seinen Getreidebedarf aus so vielen Ländern und Gegenden bezöge, daß der Ausfall des einen Exportgebietes durch eine stärkere Heranziehung anderer wettgemacht werden würde. Wie optimistisch man in dieser Beziehung selbst

in den berufenen Fachkreisen dachte, zeigt eine Bemerkung des bekannten George J. S. Broomhall in seinem „Corn Trade Year Book“, London 1904, daß nach den Berechnungen gewisser Leute England seinen ganzen Bedarf an Weizen aus seinen eigenen Kolonien und aus Argentinien decken könne, ohne auch nur einen Bushel aus den Vereinigten Staaten oder Rußland einzuführen.

Dieses Argument hat der Weltkrieg aus zweifachen Ursachen heraus widerlegt. Man hätte sich von vornherein sagen müssen, daß einerseits die Zufuhren aus den einzelnen Ländern nicht zu jeder Jahreszeit in gleichem Umfange möglich sein würden, sondern naturgemäß von dem Zeitpunkt der jeweiligen Ernte abhängen müßten; daß zweitens aber das Versagen eines größeren Ausfuhrgebietes sofort Verschiebungen in dem Export auch anderer Überschußgebiete zur Folge haben müßte, so daß nicht ohne weiteres der Ausfall der einen Zufuhrmöglichkeit durch Verstärkung einer anderen ersetzt oder wenigstens zum Teil würde wettgemacht werden können.

Beide Tatsachen sind im Weltkriege sofort in Erscheinung getreten. Am deutlichsten veranschaulichen dies zunächst die folgenden beiden Tabellen, welche dem The Price Current-Grain Reporter vom 28. April 1915 entnommen sind. Es betrug die Ausfuhr von Weizen seit dem 1. August 1914, also dem Beginn des europäischen Erntejahres, in Bushels bis Ende April 1915:

Ausfuhrländer	1914/15	1913/14	1912/13
Nordamerika . . .	318 363 000	204 720 000	194 812 000
Rußland	688 000	124 544 000	80 360 000
Donauländer . . .	240 000	47 648 000	45 840 000
Indien	13 166 000	15 904 000	34 112 000
Argentinien . . .	54 578 000	33 072 000	98 480 000
Australien . . .	1 848 000	50 752 000	35 272 000
Andere Länder . .	1 328 000	6 184 000	4 376 000
alle Länder . . .	390 211 000	482 824 000	493 252 000

Die einzelnen Bestimmungsländer erhielten vom 1. August 1914 bis Ende April 1915 die folgenden Mengen Weizen (in Bushel):

	1914/15	1913/14	1912/13
Groß-Britannien	168 024 000	161 128 000	173 792 000
Frankreich	50 094 000	41 376 000	32 280 000
Belgien	1 176 000	54 312 000	54 088 000
Holland	33 680 000	57 208 000	50 720 000
Deutschland	200 000	24 904 000	29 920 000
Italien	60 348 000	35 608 000	58 168 000
Spanien	9 476 000	14 736 000	5 254 000
Griechenland	11 588 000	7 688 000	1 088 000
Skandinavien	18 912 000	13 432 000	16 016 000
Andere Länder	2 800 000	5 536 000	6 808 000

Die entscheidenden Tatsachen für die Gestaltung des Welt-Getreideverkehrs im ersten Kriegsjahre waren, wie man aus den Ziffern ersehen kann, der Fortfall des gewaltigen Exportes aus Rußland, der vor allem mit der Schließung der Dardanellen zusammenhing, ferner der Fortfall der Ausfuhr aus den Donauländern und aus Australien, das sehr bald nach Ausbruch des Krieges ein Getreideausfuhrverbot erlassen hatte. Diesem beträchtlichen Minus stand die Mehrausfuhr der Vereinigten Staaten und Argentiniens gegenüber, aber auch diese konnte nicht verhindern, daß die gesamte Ausfuhr von Getreide aller Länder beträchtlich hinter derjenigen der Vorjahre zurückblieb. Wäre nicht in den Vereinigten Staaten eine ungewöhnlich günstige Weizenernte eingetreten, so wäre wohl der Rückgang des Welt-Weizenexportes noch stärker gewesen. Demgegenüber war freilich die kanadische Ernte minder zufriedenstellend als gewöhnlich. Man erkennt ferner aus den obigen Ziffern, wie freilich England von Anfang August bis Ende April etwas mehr Weizen einführte als im Vorjahre, wenn auch durchaus nicht mehr

als die im Durchschnitt der letzten Jahre übliche Menge. Wenn man bedenkt, daß der Krieg infolge der Notwendigkeit der Verproviantierung großer Truppenmengen und der hiermit zusammenhängenden außergewöhnlichen Bedürfnisse und Verteilung sicherlich Ansprüche an den Weizenimport Englands stellte, die höher waren als diejenigen des Friedens, so kann dieses Ziffernresultat für Großbritannien nicht als günstig angesehen werden. Wie aber aus den Zahlen hervorgeht, hatten andere Länder in jener Zeit beträchtlich mehr Weizen als in früheren Jahren bezogen, was wiederum mit den kriegerischen Verhältnissen oder der Rüstungsfrage zusammenhing, so vor allem Frankreich, Italien, Griechenland und Skandinavien. Verschiedene dieser Länder hatten den amerikanischen Markt aufsuchen müssen, anstatt Weizen von Rußland zu beziehen, und somit hatte die Mehrausfuhr amerikanischen Weizens durchaus nicht ausschließlich Großbritannien zugute kommen können, obschon sie natürlich viel beträchtlicher war (in den Monaten Januar bis April des Jahres 1915 ca. 50 % höher als in der gleichen Periode des Jahres 1914) als in normalen Friedenszeiten.

Vor allem aber zeigte es sich, in welche gefährvolle Abhängigkeit Großbritannien in seinem Weizenbezug geriet, dadurch, daß die einzelnen noch ungehinderten Ausfuhrländer nicht während des ganzen Jahres gleiche Mengen von Getreide abgeben konnten, sondern naturgemäß hierbei an ganz bestimmte Zeitläufte während des Jahres gebunden waren. So wurde das Frühjahr 1915 besonders kritisch. Denn während einerseits die ungeheuren amerikanischen Ausfuhren den Bestand des amerikanischen Weizens außerordentlich stark angegriffen hatten, und die Verschiffungen aus Argentinien infolge des dort eingetretenen feuchten Wetters bedeutend langsamer vorgingen, als man erwartet hatte, lag andererseits die Möglichkeit stärkerer Zufuhren ausschließlich in dem Bezuge ost-

indischen Weizens. Hier aber konnten die Versendungen der neuen Ernte, wie schon oben erwähnt, erst im Mai einsetzen.¹⁾

Damit war die Hoffnung vom „ununterbrochenen Verlaufe“ ohne weiteres erschüttert. Groß-Britannien war nunmehr gezwungen, mit einer Ängstlichkeit, die sich sehr bald in einzelnen Fachblättern und Marktberichten geltend machte, nach den jeweiligen Erntenachrichten des bestimmten Landes zu blicken, von dem gerade die Versorgung so gut wie ausschließlich abhing. Nachrichten über starke Regenfälle in Argentinien beeinflussten zeitweilig den englischen Getreidemarkt in außergewöhnlicher Weise. Andererseits konnte wieder an einzelnen Tagen ein bloßes Gerücht über eine baldige Öffnung der Dardanellen die Preise beträchtlich herabdrücken. Jedenfalls war es ersichtlich, daß Groß-Britannien „von der Hand in den Mund lebte“. So berichtete auch z. B. die „Times“ vom 2. April, daß in Liverpool die Weizenbestände in Lägern und an den Kais die folgenden Mengen aufwiesen:

¹⁾ Zur Charakteristik der Verhältnisse sei ein Bericht aus dem „Price Current-Grain Reporter“ vom 28. April 1915 erwähnt, in dem es heißt: „Der internationale Weizenmarkt war sehr fest. Europa war wieder ein hartnäckiger Getreidekäufer; und im Anschluß an die Mitteilungen der englischen und französischen Behörden, daß der Krieg den ganzen Sommer über dauern werde, wird die Nachfrage nach Weizen keine Ermäßigung erfahren, selbst in Anbetracht der großen Ernte in unserm Lande. Der argentinische Weizenüberschuß hat sich wiederum verringert; und wenn die letzte Schätzung von 80 Millionen Bushels richtig ist, so wird dieses Land nicht in der Lage sein, nach dem Juni viel Weizen zu versenden und noch vor dieser Zeit werden die Wochenverschiffungen auf ein ziemlich geringes Maß zusammenschrumpfen . . . Wenn unser eigener Weizen geerntet wird, wird Europa so gut wie ganz von uns abhängen und die Versendungen werden groß sein, denn die Nachfrage wird sich über diejenige des letzten Jahres erheben, da wenig Aussicht besteht, daß Frankreich große Mengen Getreide liefern kann, und somit dieses Land in weit stärkerem Maße als sonst von uns abhängig sein wird. Im ganzen besteht Aussicht auf einen gewaltigen Ausfuhrhandel zu hohen Preisen, ob der Krieg fortgeführt oder beendet wird.“

	Quarters (1 Quarter = 224 kg)
am 1. April 1914	410 446
am 1. März 1915	328 649
am 1. April 1915	236 729.

Wenn man bedenkt, daß Liverpool zu den wichtigsten Getreidehäfen Englands gehört und daß gerade in jener Zeit angesichts der völligen oder teilweisen Ausschaltung der östlichen Häfen des Inselreichs der Andrang nach diesem Hafen hätte besonders stark sein müssen, so sprechen diese Ziffern eine deutliche Sprache. Angesichts solcher Verhältnisse war es gar nicht wunderbar, wenn der „Times“ aus Bristol gemeldet wurde, daß die Mehlpreise, obschon sich die Bäcker nur für den allerdringlichsten Bedarf versorgten, nicht herabgingen, sondern daß die Besitzer infolge „der niedrigen Bestände“ die festeste Position hätten.

Wie in Deutschland so war auch in England seit dem Beginn des Weltkrieges das Getreideproblem nicht nur ein Vorratsproblem, sondern auch ein Preisproblem geworden.

Mit anderen Worten ausgedrückt: mochte auch trotz aller, bereits zu Anfang des Krieges auftretenden, Schwierigkeiten und vor allem trotz der seit Ende Februar vorhandenen U-Bootsgefahr die Einfuhr von Getreide nach England nicht in dem Maße zurückgehen, wie es etwa bei einer tatsächlichen Absperrung hätte der Fall sein können, so mußte doch eine Minderung der Vorräte unter das gewöhnliche Maß und schon ein bloß im Verhältnis zu der Nachfrage zu geringes Angebot die englische Bevölkerung wenn auch nicht dem Verhungern, so doch dem Hungern nahebringen. Dieses Resultat ist beachtenswert genug. Es kommt aber naturgemäß nicht in den Ziffern der Einfuhr zum Ausdruck; denn

selbst eine nur mäßig verringerte Einfuhr¹⁾ konnte ja angesichts der außergewöhnlichen Nachfrage und des außergewöhnlichen Verbrauchs der sonst lagernden Bestände eine durchaus ungenügende Befriedigung des Bedarfs bedeuten. Man kann vielmehr die Teuerung, welche einsetzte, nur an der Entwicklung der Preise ablesen. Ja, es mußten sich einsichtige Engländer selbst sagen, daß, wenn es wirklich richtig war, daß nach wie vor die gleiche Zahl von Schiffen einlaufen und abfahren konnte, und daß die Einfuhr von Getreide nicht merklich nachließ, es doch zumindest auffällig war, daß trotz aller jener Umstände der Weizenpreis seit dem Beginn des Unterseebootkrieges weder gleichgeblieben, noch gesunken, sondern beträchtlich gestiegen war.

Diese Preissteigerung, welche mit einem Schlage England vor den ökonomischen Zustand gebracht hatte, den der Parlamentsbericht vom Jahre 1905 bereits als eine ganz außergewöhnliche Bedrohung hingestellt hatte, war auf alle diejenigen Tatsachen zurückzuführen, welche die tat-

¹⁾ Nach Monthly Trade Supplement des „Economist“ vom 15. Mai 1915 betrug im Vereinigten Königreich:

	Weizeneinfuhr (Cwts)
In den 4 Monaten bis 30. April 1914	30 249 567
In den 4 Monaten bis 30. April 1915	26 164 700
April 1914	8 555 494
April 1915	7 528 900

Es geht aus diesen Ziffern hervor, daß wohl die Einfuhr in derselben Periode 1915 geringer war als im Vorjahre des Friedens, aber daß die Einfuhr im April gegenüber derjenigen der Vormonate nicht wesentlich nachgelassen hatte, und daß dieses Nachlassen auch im Jahre 1914 der Fall gewesen war. Abgesehen davon, daß man nicht weiß, in welchem Maße Großbritannien die sonst lagernden Weizenbestände für die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung in Angriff nehmen mußte, ist auch zu bedenken, daß wahrscheinlich eine große Menge von Brotgetreide bei der außerordentlichen Knappheit an Futtermitteln verfüttert worden ist, so daß es auch deswegen nicht **angängig** ist, aus den Einfuhrziffern ohne weiteres Folgerungen über Angebot und Bedarf zu ziehen.

sächliche Verfrachtung überseeischen Getreides nach England in zunehmendem Maße verteuert und damit zwischen England und dem Weltmarkt gewissermaßen einen Wall errichtet hatten, der nur unter einem bisher gänzlich unbekanntem, höchst kostspieligen Aufwande überwunden werden konnte. Diese ökonomische Absperrung — im Gegensatz zu einer Behinderung der *quantitativen* Zufuhren — bildet das eigentliche Wesen der neuen Kontinentalsperre.

Der Ausschußbericht des Jahres 1905 (vergl. Seite 36) hatte in durchaus zutreffender Erkenntnis die Möglichkeit einer Weizenpreissteigerung im Kriegsfall für England auf die folgenden Faktoren zurückgeführt: 1. auf die allgemeine Steigerung der Frachten, unabhängig von der durch die Steigerung der Versicherungsraten hervorgerufenen Erhöhung; 2. auf die Versicherung der Schiffe gegen Kriegsgefahr; 3. auf die Versicherung der Ladung gegen Kriegsgefahr, unter der Voraussetzung, daß die gewöhnliche Versicherung von Schiff und Ladung gegen Seeunfälle unverändert bleiben würde; und 4. auf eine möglicherweise eintretende Steigerung speziell des Preises in England infolge knappen Angebotes.

Die Einwirkung des letzten Faktors auf die Gestaltung des englischen Weizenpreises, wie er sich im Laufe des Winters 1914/15 entwickelte, haben wir bereits erörtert. Die anderen, von dem damaligen Parlamentsbericht genannten Faktoren sind aber in viel stärkerem Maße tätig gewesen, als es jener Bericht angenommen hatte.

Sieht man zunächst ganz von der Frage der Sicherheit und des Kriegsrisikos ab, so ergibt sich, daß schon

allein die ständig zunehmende Verknappung des Frachtraumes eine außerordentliche Steigerung der Frachtkosten herbeiführen mußte. Die Ursachen dieses Mangels an Schiffsraum sind verschiedener Art: vor allem die gewaltige Inanspruchnahme eines großen Teils der Welthandelsflotte, nämlich der englischen Handelsschiffe, für militärische Zwecke, der Fortfall jeglicher Tätigkeit der deutschen Handelsflotte, die Einschließung einer großen Schiffstonnage im Schwarzen Meere, die außerordentliche Steigerung der Ansprüche an die Ausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Erzeugnisse in den verschiedensten Ländern den Fortfall der deutschen, russischen und zum Teil französischen Ausfuhr ersetzen sollten. Ferner: die Überfüllung der englischen Handelshäfen, die zum Teil auf eine Sperrung ganzer Schifffahrtsgebiete für den Handel zurückzuführen war, und natürlich eine außerordentliche Verlangsamung und Behinderung in der möglichst raschen Ausnutzung des vorhandenen Schiffsraumes bedeutete. Endlich: die Verzögerung der Überfahrt der verfügbaren Schiffe nach neutralen Häfen Europas, dadurch, daß diese fast regelmäßig nach britischen Häfen zur Untersuchung ihrer Ladung verschleppt wurden und infolgedessen dann verspätet wieder in den überseeischen Gebieten anlangten (vergl. hierüber Hamburger Nachrichten vom 2. Juni 1915). Diese Einschränkung des zur Verfügung stehenden Frachtraumes verschärfte sich noch mit dem Einsetzen des Unterseebootkrieges, was einmal darauf zurückzuführen ist, daß die tatsächliche Torpedierung von Schiffen die Zahl der verfügbaren Frachträume verminderte, und zweitens darauf, daß eine große Anzahl englischer Reedereien überhaupt ihren Schifffahrtsdienst seit jener Zeit zeitweilig einstellte oder gewaltig beschränkte. Das gleiche aber taten die Reedereien verschiedener neutraler Länder in ihrem bisherigen Handelsverkehr mit England. Eine ganze Reihe sowohl schwedischer, norwe-

gischer, dänischer und holländischer Reedereien brachen z. B. beim Einsetzen des Unterseebootskrieges ihren Verkehr mit England ab, wozu selbstverständlich das Verhalten der englischen Admiralität, welche den eigenen Schiffen den Flaggenmißbrauch anempfahl, noch besonders beitrug. Wenn auch verschiedene dieser Linien nach einiger Zeit ihren Dienst wieder ganz oder teilweise aufnahmen, so bedeuteten doch diese häufig auftretenden Stockungen jeweilig eine erhebliche Verminderung des verfügbaren Frachtraumes. So war es durchaus nicht bedeutungslos, daß nach der Torpedierung der „Lusitania“ die Cunardlinie ankündigte, den Verkehr ihrer größten Dampfer einstellen zu wollen.

In welcher Weise die Verringerung des Frachtraumangebotes auf die Bewertung der Schiffe und damit naturgemäß auch auf die Erhöhung der Frachtraten wirkte, illustriert die in der „Times“ vom 21. Mai wiedergegebene Tatsache, daß für einen älteren norwegischen Dampfer namens „Risoy“ von 1129 gr. tons 12 000 Pfund bezahlt wurden, obschon dieser Dampfer, der sechs Jahre zuvor 15 000 Pfund gekostet hatte, stark beschädigt war, und, um seetüchtig zu sein, hohe Auslagen erforderte. „Es wurde tüchtig auf das Schiff geboten“, so schrieb die „Times“, „aber die Käufer für norwegische Rechnung konnten ja den Wert des Frachtraumes im Hinblick auf die jetzigen hohen Frachtraten gut beurteilen.“

In einem interessanten Aufsatz berichtete die Shipping & Mercantile Gazette vom 18. Mai 1915, wie die allgemeine Knappheit an Frachtraum dazu geführt habe, daß die ältesten und schon lange als unbrauchbar angenommenen amerikanischen Schiffe wieder in Benutzung genommen wurden. „Die Nachfrage nach Schiffsraum ist jetzt so groß“, so schrieb dieses Fachblatt, „daß fast jeder Typus von seetüchtigen Schiffen in den Verkehr gepreßt wird, um Nahrungsmittel oder dringend benötigte

Waren zu verfrachten.“ Es würden in den Vereinigten Staaten von Amerika Holzschiffe, die über 60 Jahre alt seien, für die Fahrt über den Atlantischen Ozean angeboten.

Wenn schon die Frachtraumfrage allein eine beträchtliche Steigerung der Frachtraten hervorrufen mußte, in dem Maße, wie sich das Angebot an Frachtraum bei gleichbleibender oder sogar steigender Nachfrage verringerte, so kam nunmehr als ein zweites Moment die Erhöhung der ebenfalls in der Frachtrate weiterwirkenden Schiffs-Versicherungsprämien hinzu. Auch hier ist zu bedenken, daß bei der Erhöhung der Prämien die Verwirrung eine große Rolle spielte, welcher sich die gesamte Handelsschiffahrt Englands seit dem Beginn des Unterseebootkrieges ausgesetzt sah. Man versuchte zwar von englischer Seite aus die Sachlage so darzustellen, daß alle Befürchtungen stark übertrieben seien, da immer nur ein ganz minimaler Bruchteil der gesamten Handelsflotte von einem Unterseeboot-Unglück ereilt werde. Aber alle die zu diesem Zwecke aufgemachten englischen Statistiken halfen nicht über die Besorgnis hinweg, welche der *e i n z e l n e* Schiffseigentümer seit der Kriegsgebietserklärung vom 18. Februar haben mußte. Man kann vielleicht mit Recht die Unterseebootgefahr mit jener eigentümlichen Einrichtung der Revisionen großer Unternehmungen durch Stichproben vergleichen. Wenn diese Stichproben auch nur den Einzelnen treffen, so sind sie doch das geeignete Mittel, um einen ganzen Stab von Angestellten in dauernder Disziplin zu erhalten, indem ja der sich Vernachlässigende jederzeit der Gefahr ausgesetzt ist, daß gerade ihn die Untersuchung ereilt. Daß man in England schließlich selbst einsah, daß der Unterseebootkrieg, selbst wenn es sich immer nur um „Stichproben“ handelte, eine außerordentlich starke Wirkung auf die Erhöhung des Kriegsrisikos übte, zeigen gewisse Ausführungen des

„Economist“ vom 24. April 1915. Indem nämlich diese Fachzeitschrift die Verfrachter, die über die bestehende Versicherungsrate sehr bedrückt waren, zu beruhigen suchte, schrieb sie: „Die staatliche Versicherungsprämie von einer Guinee bleibt noch bestehen und dem offenen Markte ist es in ziemlich unerwarteter Weise gelungen, seine eigene Versicherungsrate auf der Höhe der staatlichen zu halten. Ein Grund für diese Festigkeit ist der große Umfang des sich anbietenden Geschäfts, in dem die Nachfrage nach Schiffsraum dem Angebot überlegen ist, und ein anderer Grund hierfür ist die schon erwähnte Möglichkeit einer Erneuerung der Angriffe der Unterseeboote“. Nach dem Bericht des „Economist“ waren gegen Ende März, nach der Torpedierung der „Falaba“, an der Londoner Börse Gerüchte verbreitet, daß die Unterseebootaktion gegen England abflauen würde. Daß sich hieran sofort die Hoffnung auf eine Senkung der Fracht- und Versicherungsraten knüpfte, zeigt deutlich genug, wie sehr die Unterseebootaktion, auch wenn anscheinend nur der Einzelne und der Vereinzelte getroffen wird, zur Beunruhigung der Marktverhältnisse und zur Steigerung der Frachtkosten und damit der Preise beiträgt. Auch hier bestätigte nunmehr der „Economist“, was bisher von englischer Seite abgeleugnet worden war, er schrieb: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß an sich (?) das Kriegsrisiko unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu hoch bezahlt wird, und, wenn uns nicht ein Verlust oder zwei Verluste in baldiger Zeit treffen, so werden die Sätze sicherlich heruntergehen.“ Während also auf der einen Seite immer behauptet wurde, daß „ein Verlust oder zwei Verluste“ gar nicht in Frage kämen, wurde hier, wo es sich nicht um theoretische Betrachtungen, sondern um eine Mitteilung an die Männer der Praxis handelte, klipp und klar zugegeben, daß auch vereinzelte Verluste von Schiffen zu dem für

England so unerfreulichen Ergebnis einer Verteuerung der Verfrachungskosten führten. Die Versicherungsgesellschaften erklärten zwar selbst, daß sich ihre Gewinne außerordentlich gesteigert hätten (vergl. „Economist“ vom 8. Mai 1915, Seite 892); in der Tat hatte wohl die Versicherungsrate mehr betragen, als dem Verhältnis der tatsächlichen Verluste entsprochen hätte, aber es war eben für das Niveau der Versicherungssätze maßgebend, daß man die Verluste vorher auch nicht annähernd abschätzen konnte, und daß sich die Versicherungsraten nach den B e f ü r c h t u n g e n bestimmten, welche man der Entwicklung des Unterseebootkrieges entgegenbrachte. Es liegt eben in der Natur des Seehandelskrieges, daß das Moment der Panik fast ebenso wirksam sein kann wie die tatsächlich eintretende Zerstörung sehr zahlreicher Handelsschiffe.

Eine weitere Verteuerung der Seefrachten bedeutete die Steigerung der Löhne der Schiffsbemannung. Auch diese war naturgemäß nicht nur darauf zurückzuführen, daß der Mangel an Arbeitskräften überhaupt eine Steigerung der Löhne herbeiführte, sondern vor allem darauf, daß die Matrosen im Hinblick auf die ihnen bevorstehenden Gefahren beträchtliche Zuschläge und vor allem auch Gewährung von Versicherungen verlangen und durchsetzen konnten. Die Matrosenlöhne waren schon zu Anfang April auf Handelsdampfern von 5 auf 7—8 Pfund Sterling im Monat gestiegen.

Alle hier genannten Momente, die Knappheit des Frachtraumes, die, wie wir sahen, wiederum auf verschiedene Ursachen zurückzuführen war, die Erhöhung der Schiffversicherungen und endlich die Steigerung der Löhnung kamen in einer außerordentlichen E r h ö h u n g d e r F r a c h t r a t e n zum Ausdruck. Nach dem „Economist“ vom 27. Februar 1915 betragen für die Woche vom 20.—27. Februar die Frachtraten:

	1914		1915	
	sh.	d.	sh.	d.
La Plata	15	0	65	0
Karachi	13	0	50	0
Burmah	21	0	70	0
Bilbao	4	3	13	9
Port Said (Kohlen) . .	7	0	30	0
Lissabon (Kohlen) . .	6	0	25	0

Die Frachtraten hatten sich also geradezu verdreifacht. Dazu kam, daß vielfach die Frachtrate gewissermaßen auf dem Papier stand, indem man einfach infolge des Mangels an Schiffsraum selbst zu den höchsten Raten keine Verschiffung der Ware ermöglichen konnte. So schrieb der „Economist“ am 22. Mai 1915: „Was den Exporthandel anlangt, so liegt die Hauptschwierigkeit in dem Mangel von Frachtraum. Seit dem August bildet dieser die größte Sorge, der Indien gegenübergestanden hat. Selbst zu 85 sh. per Tonne kann der Bedarf, nach Angabe eines Korrespondenten in der Zeitschrift „Kapital“, nicht von den Verfrachtern gedeckt werden; und die „Times of India“ vom 24. April gibt die augenblickliche Frachtrate mit 96 sh. in Kalkutta an. Selbst diese Frachtraten aber, so meint sie, würden einem großen Exporthandel von Kalkutta nicht im Wege stehen, wenn man eine entsprechende Anzahl von Dampfern zur Verfügung hätte.“

Die erhöhte Frachtrate sowie die erhöhte Versicherungsprämie für die Ladung erklären freilich die oben angegebene außergewöhnliche Differenz zwischen dem Preis von Weizen in Chicago und demjenigen amerikanischen Weizens in England nur teilweise. Es bleibt immer noch die Frage offen, auf Grund welcher Ursachen die Spannung eine so außergewöhnliche werden konnte. Denn, wenn man die Frachtrate Baltimore—Liverpool mit ca. 10 sh. per Quarter im Monat Mai annimmt, und die in

Friedenszeiten reguläre Spannung von ca. 2—3 sh. sowie eine Erhöhung der Spesen um die Versicherungsrate der Ladung von nochmals 2—3 sh. ansetzt, so bleibt immer noch eine beträchtliche und zunächst unerklärliche Differenz jener beiden Preise bestehen. Ob diese auf eine tatsächliche Knappheit an Ware auf den englischen Produktenmärkten zurückgeführt werden kann oder ob Machenschaften der Spekulation (von einem eigentlichen Corner kann jedenfalls nicht die Rede sein) im Gange waren, wird vielleicht niemals festgestellt werden können. Jedenfalls ergab sich in England die Meinung, wie es ja in der Geschichte der Getreidepreise immer zu sein pflegt, wenn eine Teurung eintritt, daß die Spekulation oder zumindest der freie Handel an der Teurung nicht unbeteiligt sei.

So entstand ganz naturgemäß eine Diskussion darüber, ob ein Eingreifen der staatlichen Gewalt in die Organisation des Getreideverkehrs von Nutzen sein und durchgeführt werden könnte.

Nach dem Bericht der „Times“ vom 22. Mai 1915 hatte der schon früher erwähnte landwirtschaftliche Sachverständige Mr. Prothero im Parlament erklärt: „Die Nahrungsmittelzufuhr nach England müsse auf einer weit größeren Basis, als man es bisher versucht habe, organisiert werden, und die Leistungsfähigkeit einer solchen Organisation würde dann davon abhängen, ob alle Abteilungen der Verwaltung ein entsprechendes Zusammenarbeiten vornehmen würden. Es sei mehr notwendig als eine gewöhnliche Aktion bureaukratischer Art.“ Damit war eine der schwierigsten Fragen kriegswirtschaftlicher Art angeschnitten.

Die englische Regierung hatte im April die gesamte indische Weizenernte beschlagnahmt, um, nach voller Berücksichtigung des heimischen Bedarfs in Indien selbst, die Weizenausfuhr nach Groß-Britannien sicherzustellen. Aber gerade unsere eigenen Erfahrungen haben gelehrt, daß die Beschlagnahme als solche eine sehr einfache Aktion, man möchte fast sagen, ein sehr einfacher Entschluß ist. Die Schwierigkeit beginnt erst für den Staat dort, wo es gilt, das beschlagnahmte Getreide dem bisherigen Eigentümer abzunehmen und an die Stelle des Konsums zu leiten. In Deutschland ist diese Aufgabe durch Gründung der Kriegsgetreide-Gesellschaft und durch die Schaffung eines durchaus nicht einfachen, gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Apparates gelöst worden. Der Zweck, dem sich die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu widmen hatte, wurde in vollstem Maße erreicht, und zwar so, daß die deutsche Bevölkerung zu einer Zeit, in der die englischen Weizen- und Mehlpreise andauernd weiter stiegen, ihren Bedarf zu sinkenden Preisen decken konnte. Betrug doch der Mehlpreis der Kriegsgetreide-Gesellschaft seit dem 1. Juni 35,75 für Weizen- und 32,50 Mark für Roggenmehl pro Doppelzentner, während der Preis des, für England einzig in Frage kommenden, Weizenmehls in London ca. 53—54 sh. pro englischen Sack, d. h. ca. 41—42 Mark pro Doppelzentner, ausmachte. Mochte man in Deutschland, nachdem einmal die Sicherheit entstanden war, bis in das neue Erntejahr durchhalten zu können, sich in alle möglichen Erörterungen darüber verlieren, wie man das Ziel in vielleicht für die einzelnen Interessentenkreise noch befriedigenderen Weise hätte erreichen können, an der hocheureilichen Tatsache, daß ein zunächst so schwieriges Ziel überhaupt hatte erreicht werden können, wurde hierdurch nichts geändert. Gerade das, was der genannte englische Abgeordnete als das Erfordernis einer Nahrungsmittel-Organisation hin-

gestellt hatte, war in Deutschland vorhanden gewesen: nämlich ein Zusammenarbeiten sowohl der zentralen wie der lokalen Behörden mit einer Unternehmung, welche infolge ihres privatwirtschaftlichen, wenn auch gemeinnützigen, Charakters eine bedeutend größere Beweglichkeit besaß als sie eine rein bürokratische Behörde aufgewiesen haben würde¹⁾.

In Deutschland wurde die staatliche Regelung des Brotgetreideverkehrs im Kriege dadurch erleichtert, daß ein außerordentlich großer Teil der Kommunalverbände die sogenannte Selbstbewirtschaftung, entsprechend dem Paragraphen 26 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915, übernehmen konnte, indem sie ohne Hilfe der Kriegsgetreide-Gesellschaft selbständig ihren Bedarf an Roggen- und Weizenmehl aus der Produktion des eigenen Kreises oder benachbarter Überschlußkreise deckten und die Verteilung vornahmen. Eine derartige Regelung kam in Groß-Britannien, das ja nur einen ganz geringen Teil seines Brotgetreidebedarfs selbst erzeugt, von vornherein nicht in Frage. Sollten vielmehr die Behörden die Regelung der Brotgetreideversorgung leiten, so mußte man von zentraler Seite aus die Käufe für den gesamten Bedarf in überseeischen Gebieten vornehmen, dann aber, um nicht die gekauften Mengen der willkürlichen Preistreiberei in England zu überlassen, auch den Verkauf dort selbst und die Verteilung an den Konsum übernehmen. War dieser Weg nicht angängig, so blieb nichts anderes übrig, als den freien Handel, selbst unter hohen Preisen, bestehen zu lassen.

Der erstgenannte Weg, die Ausschaltung des freien Handels, hätte die englische Regierung vor die Zwangslage gesetzt, ein Getreidemonopol einzuführen. Während dies nun in Deutschland durch die genannte Bundesrats-

¹⁾ Vergl. meine Schrift „Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft“, Berlin 1915, Kapitel 3 (Die Regelung der Brotgetreideversorgung).

verordnung und die Tätigkeit der Kriegsgetreide-Gesellschaft verwirklicht werden konnte, mußte ein Getreidemonopol für England von vornherein als Unmöglichkeit erscheinen. Der An- und Verkauf kolonialen Getreides durch den Staat hätte ja für den englischen Konsumenten wenig Nutzen gehabt, wenn er nicht mit der Einsetzung von Höchstpreisen für den Weiterverkauf des Getreides, für das Mehl und schließlich auch für das Brot Hand in Hand gegangen wäre. Die Einführung von niedrigen Höchstpreisen aber hätte ohne weiteres den Bezug von Getreide aus fremden Ländern lahmgelegt und damit die Knappheit verschärft. Deshalb sah sich auch die englische Regierung gezwungen, den Weizenpreis für den von ihr beschlagnahmten indischen Weizen mit 67 sh. pro Quarter festzusetzen, was naturgemäß zu einer Beruhigung der englischen Konsumentenkreise nicht beitrug. Hätte aber die englische Regierung den Preis des indischen Weizens in England nicht nach den Verhältnissen des Weltmarktes, soweit er noch bestand, festgesetzt, so hätte eine vollkommene Stockung des freien Handels stattgefunden; die Regierung hätte dann die gesamte Einfuhr von Getreide für England in die Hand nehmen müssen und wäre dann vielleicht in der Lage gewesen, durch Festsetzung von Höchstpreisen, die den Einkaufspreisen plus Frachtkosten und normalen Zwischengewinnen entsprochen hätten, das Niveau der Weizenpreise in England zugunsten der Konsumenten herabzudrücken. Aber an eine solche vollkommene Verstaatlichung des gesamten Getreideeinfuhrhandels und der damit zusammenhängenden staatlichen Regelung der inländischen Preise war gar nicht zu denken. Jegliche Vorbereitung, jegliche Möglichkeit, auch nur annähernd das Beamtenmaterial für einen derartigen riesigen staatlichen Geschäftsapparat zu stellen, fehlte und fehlt in England vollkommen. Zudem hätte die staat-

liche Regelung des Brotgetreideverkehrs, die die einzelnen Schichten des Handels auf einen staatlich festgelegten Zwischengewinn gesetzt hätte, einen Widerstand hervorgerufen, der nicht zu überwinden gewesen wäre.

Schon das im Vergleich zu der Durchführung eines wirklichen Getreidemonopols geringfügige Eingreifen der englischen Regierung in die Frage der Getreideversorgung ließ in den Kreisen des englischen Getreidehandels, der ganz besonders ein Sitz liberal-manchesterlicher Elemente ist, eine Flamme des Unwillens auflodern. Sehr bald nachdem die englische Regierung den Beschluß gefaßt hatte, allen indischen Weizen zu beschlagnahmen, sprach der größte Müllereiverband, die National Association of British and Irish Millers (vgl. „Times“ v. 19. April 1915), seine Befürchtungen dahin aus, daß die Käufe der Regierung zu einer Deroute auf dem englischen Markte führen könnten, und man stellte geradezu die Forderung, daß die Regierung den Handel gegen derartige Preisstürze versichern solle. In derselben Weise agitierte seit dem Beginn der ganzen Regierungsaktion der „Economist“ gegen die Einmischung der Regierung; er schrieb am 20. März 1915: „Wenn der Handel keine Aufklärung über die wirklichen Absichten der Regierung erhält, so wird der Strom der Einfuhr in seinen Hauptzuflüssen eine ganz beträchtliche Störung erfahren.“ Diese Warnung war deutlich genug. Als sich dann die Regierung dazu entschloß, dem Handel freie Bahn zu lassen, hieß es im „Economist“: „Käufer erschienen in größerer Zahl, da die Nachfrage bis zu einem gewissen Grade durch die Entscheidung der Regierung verstärkt wurde, keine weiteren Weizenkäufe zu machen, sondern sich für die notwendige Bedarfsdeckung des Landes bis zum Schluß des Erntejahres auf den Handel zu verlassen.“

Selbst nachdem die Regierung ihre ursprüngliche Absicht hatte aufgeben müssen, wurde behauptet, daß die

Käufe der Regierung ungünstig auf den Handel eingewirkt hätten. So erklärte, in der schon oft erwähnten Rede der Abgeordnete Mr. Prothero: „Was die Weizenbestände des Landes anbelange, so sei das Getreide, das von den Händlern gekauft und importiert worden sei, außergewöhnlich gering, es sei eine ungewöhnlich kleine Menge Weizen unterwegs, und die Unternehmungslust im Getreidehandel wäre außerordentlich niedergedrückt. Die Regierung habe tüchtig gekauft, dann aber ihre Käufe eingestellt, so daß der britische Getreidehändler den normalen Handel wieder aufnehmen könne. Aber die Menge wäre unbekannt und gerade diese unbekannte Menge wäre es, die den englischen Händler ängstlich mache. Ferner lebe sowohl der Getreidehändler, wie der Müller und Bäcker, von der Hand in den Mund und infolgedessen steige der Weizenpreis. Die Händler wären der Ansicht, daß jeden Augenblick die Menge Weizen, die die Regierung in Händen habe, deren Größe man nicht kenne, und die wahrscheinlich übertrieben sei, auf den Markt geworfen werden könne. Sie warteten auf Klärung der Sachlage.“

Daß die englische Regierung, die sicherlich allen Grund hatte, sich mit den Arbeitermassen gutzustellen, in der Frage der Brotgetreideversorgung zu diesem so negativen Ergebnis kam, zeigt jedenfalls deutlich, daß sie sich der Aufgabe, selbständig Getreide zu kaufen, zu verfrachten und bis an die Abnehmer zu disponieren, nicht gewachsen fühlte.

Die Teuerung von Brotgetreide und Fleisch, die wir im Zusammenhang mit den Ereignissen des Weltkrieges und der deutschen Marineaktion gegen England bisher darzustellen versucht haben, bildet den Kernpunkt der

neuen Kontinental Sperre. Alle anderen Wirkungen derselben sind gewissermaßen dieser Wirkung gegenüber von sekundärer Bedeutung. Denn die Nahrungsmittelteuerung erlangt im Weltkrieg ihre Wichtigkeit dadurch, daß sie nicht nur, wie etwa die Entwicklung der industriellen Konjunktur oder des Außenhandels, ein ökonomisches Problem ist, sondern daß in der beständigen Furcht vor der Aushungerung und den Folgen der Nahrungsmittelteuerung selbst die Möglichkeit einer strategischen Schwächung, ja unter Umständen Niederwerfung des britischen Inselreiches liegen muß. Ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß Groß-Britannien eine ökonomische Widerstandsfähigkeit besitzt, die es ihm ermöglichen würde, selbst die schwersten finanziellen und wirtschaftlichen Verluste lange Zeit zu ertragen, vorausgesetzt, daß diese Verluste in erster Linie von den großen Kapitalkräften getragen werden könnten. Das Problem der Teuerung dagegen ist das Problem der großen Masse des Volkes. In dem Maße aber, wie man in einem Lande wie England nur bei einer völligen Revolutionierung aller Besitz- und Eigentumsverhältnisse, ja überhaupt nur bei einer Verstaatlichung der gesamten Arbeit die Löhne der Teuerung anpassen könnte; und wie ferner die Verteilung der knapper werdenden Vorräte nach dem Bilde einer belagerten Festung dort im Bereich des Unmöglichen liegt, mußte das Nahrungsmittelproblem von vornherein nicht seiner ökonomischen und sozialen Wirkung, sondern seiner kriegspolitischen Tragweite wegen eine besondere Bedeutung gewinnen.

Darum sollen die sonstigen Wirkungen der neuen Kontinental Sperre nicht unterschätzt werden. Vor allem schon deshalb nicht, weil ja die Entwicklung der industriellen, insbesondere der großgewerblichen Konjunktur Englands, die Lage des Außenhandels, der Schifffahrt usw., insofern mit dem Teuerungsproblem zu-

sammenhängt, als eine besonders günstige Entwicklung der inneren englischen Volkswirtschaft ja die Anpassung der Löhne an die steigenden Lebensmittelpreise erleichtern konnte.

Die englische Regierung hatte, als sie den Krieg mit Deutschland begann, den großen führenden Wirtschaftsinteressen des Landes die Erklärung abgegeben, daß England von seiner Einmischung in den Weltkrieg keine größeren wirtschaftlichen Schädigungen erfahren werde, als wenn es diesem fern bliebe. Nur vom Standpunkt des siegesbewußten Angreifers wurde der Krieg von England unternommen, vom Standpunkt des Inselreiches, das selbst vor Angriffen geschützt und im Seeverkehr ungehemmt, Deutschlands Handel zu zerstören hoffte. „Business as usual“ war die Phrase, mit der man ängstliche Unternehmer und Geschäftsleute beruhigte. Nach Zeitungsberichten trat ein bedeutender Industrieller, übrigens deutscher Abkunft, Sir A. Mond, bei Beginn des Krieges mit der Behauptung hervor, daß die chemische Industrie, der er als größter englischer Sodafabrikant nahestand, einen ungeahnten Aufschwung und eine ungeahnte Erweiterung ihres Exportes nehmen werde. Durch die Aufhebung und die Verletzung internationaler Patentrechte glaubte man die Hoffnung auf eine gewaltige Expansion der englischen Industrie weiter stärken zu können. Von Opfern, welche die Volkswirtschaft zu bringen hatte, war keine Rede, nur von den Mehrgewinnen, welche sie sich aus dem Kriege schon während des Krieges versprach.

Es ist anders gekommen. Die englische Volkswirtschaft stand nach einer Kriegsdauer von $\frac{3}{4}$ Jahren der Tatsache einer Abwärtsentwicklung gegenüber, wie sie in Friedenszeiten die ärgsten Pessimisten und die stärksten Übertreiber der „deutschen Gefahr“ nicht für möglich gehalten hätten.

Anstatt der erhofften Steigerung der Ausfuhr fand schon unmittelbar nach Ausbruch des Krieges eine ganz erhebliche Verminderung des Exportes statt, die auch in der Folgezeit nicht wieder behoben wurde. So wurden in der Zeit von Januar bis Ende April 1915 für 65 Millionen Pfund Waren = 30 % weniger als im Vorjahre exportiert, während gleichzeitig der Wert der Einfuhr um 23 Millionen, d. h. um 8,9 %, gestiegen war.

Verschiedene Male wurde nun der Versuch gemacht, die englische Öffentlichkeit in ihrer Sorge wegen der Unterseeboot-Gefahr damit zu beruhigen, daß man auf die dem Werte nach hohen Einfuhrziffern verwies, die angeblich die „unbehinderte“ Einfuhrmöglichkeit beweisen sollten. Dieses Argument war jedoch gänzlich irrig. Denn bei der Betrachtung des Außenhandels kam es ja für England nicht auf die eingeführten Werte, sondern vor allem auf die eingeführten Mengen an. Hier zeigte es sich aber, wenn man, so weit es möglich ist, bei den einzelnen wichtigen Waren die Einfuhrmenge untersuchte, daß der Wert der Einfuhr insofern zu diesen in ein Mißverhältnis getreten war, als im Vergleich zu Friedenszeiten für eine geringere Einfuhrmenge ein beträchtlich höherer Preis gezahlt werden mußte. So waren z. B. in den vier Monaten von Januar bis Ende April des Jahres 1914 30 Millionen Cwts. Weizen eingeführt worden, die einen Wert von 12 Millionen Pfund repräsentierten, während in der gleichen Periode des Jahres 1915 die Einfuhrmenge auf 26 Millionen zurückging, deren Einfuhrwert sich jedoch um über 5 Millionen Pfund gesteigert hatte. So war ferner die Einfuhr von Wolle in den vier Monaten von Januar bis Ende April 1915 ungefähr der Menge nach derjenigen von 1914 gleichgeblieben, während sich der Wert der Einfuhr von 17,7 Millionen Pfund auf 22,3 Millionen Pfund gehoben hatte. Bei anderen Produkten hatte hier und dort eine Steigerung auch der

Einfuhrmenge stattgefunden, gleichzeitig aber zumeist eine noch größere Steigerung des Einfuhrwertes, wie z. B. beim Mais, dessen Einfuhr im April 1915 1,8 gegenüber 1,0 Millionen Cwts. in demselben Monat des Vorjahres betrug, während der Wert der Einfuhr von 295 000 Pfund im April 1914 auf 808 000 Pfund im April 1915 in die Höhe gegangen war. Selbstverständlich konnte dort, wo auf dem Weltmarkt ein besonders starkes Angebot einer Ware bestand, die Erhöhung der Fracht und Versicherungskosten sowie die Unterseebootsgefahr nicht verhindern, daß auch in England der Preis, wenn auch beträchtlich höher als auf dem Weltmarkte, so doch an sich nicht höher, ja vielleicht niedriger war als im Frieden. Dies ist z. B. bei der amerikanischen Baumwolle der Fall gewesen, die im Frühjahr 1915 in England bedeutend weniger kostete als im Frühjahr 1914 (zu Anfang Mai 1915 4,5 bis 5,0 d per lb. gegenüber ca. 7,5 d per lb. im Mai 1914). Allein diese Tatsache scheint durchaus die Ausnahme gewesen zu sein. Im allgemeinen mußte das britische Inselreich im Kriege für die von ihm importierten Waren, die ja in erster Linie Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe waren, schon deshalb mehr bezahlen, weil die Weltmarktpreise überall anzogen und hierzu dann noch die Verteuerung und Erschwerung der Verfrachtung nach England hinzukam. Auf der anderen Seite zeigen die Ziffern für den Export wichtiger englischer Fabrikate, daß die Abnahme des Wertes ungefähr der Abnahme der Menge entsprach, ja teilweise dieselbe noch übertraf, so daß das umgekehrte Verhältnis wie bei der Einfuhr vorlag, und man infolgedessen nicht einmal sagen konnte, daß die volkswirtschaftlichen Verluste bei der Einfuhr durch höhere Gewinne bei der Ausfuhr ausgeglichen worden seien. Eine Gegenüberstellung der Verhältnisse bei der Einfuhr und Ausfuhr für einzelne ausgewählte

Waren zeigt, daß in der Zeit vom 1. Januar 1915 bis 30. April 1915 die Zunahme resp. Abnahme in Prozenten im Vergleich zu derselben Periode des Vorjahres betrug:¹⁾

Ware	Import	
	Menge	Wert
Weizen	— 13,5	+ 42,5
Gerste	— 8,1	+ 23,2
Mais	+ 14,5	+ 244,1
Zucker	— 6,7	+ 73,3
Butter	— 5,5	+ 10,2

Ware	Export	
	Menge	Wert
Baumwollgarn	— 15,0	— 37,6
Baumwollfabrikate	— 41,9	— 42,5
Woll- und Kammgarne	— 77,9	— 70,9
Kammgarnfabrikate	— 27,1	— 21,0
Branntwein	— 21,1	— 18,5

Während so England für verminderte Einfuhrmengen gerade der notwendigsten Bedarfsgüter sich steigende Kosten zu verbuchen hatte, wies der Export, bei dem jede Werterhöhung ohne Rücksicht auf die Ausfuhrmenge ein Vorteil gewesen wäre, ein erhebliches Minus auf, das anscheinend nicht einmal dadurch wettgemacht wurde, daß England zu höheren Preisen an das Ausland verkaufen konnte als im Frieden.

Nun ist aber zu bedenken, daß der verminderte Ausfuhrwert gegenüber den zu zahlenden größeren Einfuhrsummen deshalb um so schwerer ins Gewicht fällt, weil die Einfuhr sich in erster Linie aus Rohstoffen zusammensetzt, deren Verteuerung die englische Weiterverarbeitung erschwert, während die englische Ausfuhr in erster Linie

¹⁾ Die Zahlen sind zusammengestellt nach dem „Economist“ vom 15. Mai 1915.

eine solche von Fertigfabrikaten ist. So fielen von den 56,7 Millionen Pfund Sterling, die in den genannten vier Monaten weniger exportiert wurden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, 48,7 Millionen Pfund auf die Gruppe von Fabrikaten und Halbfabrikaten. Im Gegensatz hierzu betrug allein der Wert der Mehreinfuhr von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien in jenem Zeitraum ca. 35 Millionen Pfund mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, und da die Gesamtsteigerung des Einfuhrwertes gegenüber jener Zeit nur 23 Millionen Pfund betrug, so ergibt sich, daß die Einfuhr von Fabrikaten und Halbfabrikaten nicht nur nicht gestiegen, sondern gegenüber dem Vorjahr dem Werte nach stark herabgegangen war. Während aber England immer mehr für seine Rohstoffe bezahlen mußte, verengerte sich gleichzeitig immer stärker der Markt, auf dem es seine Fabrikate absetzen konnte, zum Schaden der Unternehmer und der großen Arbeitermassen.

So mußte selbst der „Economist“ am 17. April 1915 bekennen, daß diese Umkehrung der friedensmäßigen Entwicklung des englischen Ausfuhrhandels „das b e u n - r u h i g e n d s t e M o m e n t für die finanziellen Aussichten Englands“ sei. In der Tat machten sich in allen großen Erwerbszweigen die Folgen dieser mißlichen Situation bemerkbar. Während man sich damit brüstete, daß die Cunard-Linie 10 % mehr Dividende geben könne, ergab sich aus den Ziffern der Bilanz dieser Gesellschaft, daß die Ausgaben für Versicherung von 66 000 auf 163 000 Pfund im Jahre 1914 gegenüber dem Vorjahre gestiegen waren, während sich die Einnahmen aus Fracht und Passage nur von 3,6 auf 4,0 Millionen Pfund gehoben hatten. Wie die Cunard-Linie, jenes besondere Pflegekind der englischen Regierung, zu ihrem guten Abschluß kam, läßt sich nicht feststellen. Daß dagegen diejenigen Verhältnisse, von denen die genannten Ausgaben für Versicherung ein Zeugnis ablegen, für andere Schiff-

fahrtlinien äußerst unerfreulich gewesen sind, zeigt neuerdings die Tatsache, daß die Nettoüberschüsse der Schiffahrtsgesellschaften im allgemeinen nach dem „Economist“ um 21,6 % gegenüber dem Vorjahre gesunken sind, wobei übrigens ausdrücklich von dem Berichterstatter darauf hingewiesen wird, daß die Ergebnisse der Cunard-Linie eine Ausnahme bildeten. Im schneidenden Gegensatz zu den Ergebnissen der von dem englischen Staate protegierten Cunard-Linie stand z. B. der Geschäftsbericht der Royal Mail Steam Packet Cy. (vgl. „Economist“ vom 8. Mai 1915), die in den Jahren 1912 und 1913 6 % Dividende ausgeschüttet hatte, für das Geschäftsjahr 1914 hingegen auf die Verteilung einer Dividende verzichten mußte, weil der Rückgang des Gewinnes von 436 000 Pfund auf 98 000 Pfund die Zahlung einer Dividende ausschloß. In dem Berichte dieser Gesellschaft selbst war es interessant, wie verschiedenartige Momente, die aber alle ausschließlich mit dem Krieg zusammenhängen, das ungünstige Resultat veranlaßt hatten, so die Schließung des Hafens von Southampton, die Depression des südamerikanischen Handels und die Verringerung des Exportes nach Argentinien und Brasilien infolge der verringerten Kaufkräftigkeit dieser Länder.

Von den vielen Geschäftsberichten des Frühjahres 1915, die über einen verringerten Geschäftsgang und einen ungünstigen Geschäftsabschluß klagten, fielen besonders diejenigen aus der Textilindustrie, also der wichtigsten Industrie Englands, auf. Zur Illustration sei ein Teil der Rede wiedergegeben, die auf der Generalversammlung der Fine Cotton Spinners' and Doublers' Association, Limited, einem der größten englischen Textiltrusts, der Vorsitzende der Gesellschaft Lord Rotherham hielt; er sagte: „Vor dem Kriege ging es uns im großen und ganzen gut. Wir hatten große Bestellungen in unseren Büchern und hofften auf ein neues zufriedenstellendes Ge-

schäftsjahr, als, fast ohne Warnung, der Sturm über uns losbrach, wie ja im ganzen Reich, und wir uns plötzlich großen Schwierigkeiten und Gefahren gegenüberübersahen. Was bedeutete für uns diese neue und unvorhergesehene Entwicklung? Sie bedeutete den Zusammenbruch unseres halben Geschäfts. An dem Tage, an welchem der Krieg erklärt wurde, mußten wir mit einer Entwertung aller unserer Baumwoll- und Garnbestände von 25—33 % rechnen. Wir waren ferner bezüglich der kommenden Einkäufe von Baumwolle in größte Schwierigkeiten versetzt. Wir hatten den Spinnern gegenüber Verpflichtungen, um deren rechtmäßig abgeschlossene Kontrakte zu erfüllen, welche nunmehr bis zum Ende des Krieges verschoben wurden, und die vielleicht nicht einmal dann zur Ausführung kommen werden. Wir hatten große Geldsummen in unseren Büchern, welche die kriegführenden Staaten uns schuldeten. Unsere Besitzungen in Lille waren gefährdet, und selbst wenn sie intakt blieben, so blieb auf jeden Fall der unvermeidliche Gewinnverlust, solange der Krieg dauerte. Ich glaube, ich irre mich nicht, wenn ich sage, daß keine Industrie unseres Landes so stark gelitten hat wie die Baumwollindustrie als Ganzes seit dem Ausbruch des Krieges. Natürlich weiß ich, daß es einige Ausnahmen gibt . . . , aber der Hauptteil der Baumwollindustrie hat keine pekuniären Vorteile irgend welcher Art von dem Ausbruch des Krieges gehabt, weil die Ansprüche der Regierung, soweit die Durchschnittsware von Baumwollfabrikaten in Frage kam, sehr gering gewesen sind.“ Die oben angegebenen Ziffern über den Rückgang der Ausfuhr verschiedener Textilwaren sind ja der beste Beweis für die Richtigkeit der Darlegungen des Lord Rotherham.

Der Unterseebootkrieg hat, wie alle aus der englischen Wirtschaft zu uns dringenden Nachrichten immer wieder zeigen, das britische Inselreich und seine Volkswirtschaft vor ein Novum gestellt. Teils auf Grund von Tatsachen, die allein mit den Erfolgen unserer U-Boote zusammenhängen, teils im Zusammenhang mit für England ungünstigen Umständen, welche durch die U-Bootsgefahr noch wesentlich verschärft wurden, ist England in eine Wirtschaftslage geraten, die bei Beginn des Krieges selbst pessimistische Beurteiler nicht hätten voraussagen können. Es herrscht eine Teurung, wie sie seit den Tagen der Kontinental Sperre und denen der vierziger Jahre nicht dagewesen ist, eine Teurung, welche in ihrer Gefolgschaft Arbeiterunruhen und allgemeine soziale Mißstimmung mit sich führt. Der Außenhandel Englands ist auf das schwerste geschädigt. Die Handelsschifffahrt leidet unter ständiger Unsicherheit, hohen Fracht- und Versicherungskosten und schwierigen Lohnfragen. Die wichtigsten Industrien und Erwerbszweige zeigen bisher ungewohnt schlechte Geschäftsabschlüsse. Vor allem aber ist England die von ihm bisher als kostbarstes Gut verteidigte weltwirtschaftliche Ellbogenfreiheit auf das stärkste eingeschränkt worden. Ganze Absatz- und Bezugsmärkte sind ihm versperrt, und wo sie noch offen stehen, da ist es wiederum die Wirksamkeit der deutschen Unterseebootaktion, welche die Ausnutzung derselben auf das erheblichste beschränkt.

Es wird erst nach dem Kriege möglich sein, sich ein vollständiges Bild von der tatsächlichen Wirkung der Kontinental Sperre auf die englische Volkswirtschaft zu machen. Hier sollte nur dasjenige mitgeteilt werden, was unbedingt schon heute die Wirkung der ökonomischen Blockade auf das englische Wirtschaftsleben kennzeichnet. Heute, wo es sich für uns in erster Linie darum handelt, diese Blockade vom Standpunkt unseres Waffenzieles zu

beurteilen, wird immer wieder die Nahrungsmittelsorge, welche den feinsten Nerv der englischen Volkswirtschaft berührt, die Hauptbedeutung in der ganzen Frage ausmachen. Hier lassen sich auch die Wirkungen am klarsten erkennen. Während sich an der Gestaltung der Weizenpreise die Bedrohung Englands wie an einem Barometer ablesen läßt, entstehen der Beurteilung der wirtschaftlichen Schädigung durch Krieg und U-Boote Schwierigkeiten, wo es sich um das komplizierte Gewebe ineinandergreifender Verhältnisse des Außenhandels, des Großgewerbes und der gesamten wirtschaftlichen Konjunktur handelt. Hier wird man immer zu bedenken haben, daß ein Land wie England, das einen vergleichsweise geringen Binnenmarkt besitzt, dessen ganze ökonomische Struktur in viel größerem Maße als diejenige Deutschlands auf die Verbindung mit der Weltwirtschaft eingestellt ist, alle Störungen und Stockungen weit stärker empfinden muß als wir. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie lange die ökonomischen Folgen einer im Vergleich zum Weltkriege harmlosen Verwicklung, des Burenkrieges, sich in England fühlbar gemacht haben, um vorahnen zu können, welche Fernwirkungen dieser Krieg auf die englische Volkswirtschaft haben wird.

Diese Entwicklung der Dinge aber liegt in der Zukunft, sie jetzt auch nur annähernd skizzieren zu wollen, liegt nicht in unserer Macht.

Dennoch hat die Betrachtung der Wirkungen der neuen Kontinentalsperre auch eine Bedeutung, welche über die augenblicklichen Kriegsergebnisse herausgreift.

Es muß für uns wertvoll sein, die Schädigung, welche England durch die Entwicklung des Weltkrieges und, wie wir feststellen konnten, durch das Eingreifen der Unterseeboote erfahren hat, schon jetzt, soweit es irgend möglich ist, abzuschätzen. Denn es gilt, bei Verhandlungen

über einen Frieden, nicht nur die strategische Niederlage des Gegners, sondern auch seine ökonomische Niederlage in die Wagschale werfen zu können. Während aber die erstere ohne weiteres an dem äußerlichen Besitz des Siegers an erobertem Land und an dem Zusammenbruch des militärischen Willens des Gegners zu erkennen ist, treten auf dem Wirtschaftsgebiete die Niederlagen niemals in so deutliche Erscheinung. Ja, man wird annehmen müssen, daß England alles aufbieten wird, um sowohl jetzt wie beim Abschluß eines Friedens seine ökonomischen Verluste und die Bedrohung seiner gesamten wirtschaftlichen Machtstellung zu verschleiern. Um so wichtiger ist es dann für uns, zu wissen, daß England auch aus wirtschaftlichen Gründen heraus, die ja in diesem schon durch und durch kapitalistisch geformten Lande eine viel größere Rolle spielen als bei uns, **g e z w u n g e n** ist, Frieden zu schließen. Hier gilt es, durch genaue Verfolgung aller in Frage kommenden Tatsachen, England im gegebenen Augenblick an Stelle der von ihm uns wahrscheinlich vorgelegten Scheinrechnung die **r i c h t i g e R e c h n u n g** präsentieren zu können.

Aber auch über diesen Zeitpunkt hinaus sind die Erfahrungen der wirtschaftlichen Wirkungen des U-Bootkrieges auf England von Wert. Sie können zeigen, daß eine Möglichkeit besteht, Englands weltwirtschaftliche Machtstellung, welche es in diesem Kriege dazu benutzen wollte, Deutschland zu vernichten, in einem Kriege zu erschüttern und im Frieden in Schach zu halten. Es gilt hierbei zu bedenken, daß England nach allen bisherigen Erfahrungen auch im Frieden und bei langer Vorbereitung nicht in der Lage sein wird, eine sein Volk in einem neuen Kriege sicherstellende Getreidevorratsansammlung zu schaffen. Während in Deutschland ein Kriegsgetreideschatz etwa den Ankauf von 2—2½ Millionen Tonnen Brotgetreide nötig machen würde, müßte England, wenn

es sich gegenüber einer zukünftigen vollkommenen Blockade durch Unterseeboote für ein Jahr lang im voraus mit Brotgetreide versorgen wollte, etwa 28 Millionen Quarter, d. h. etwa 6 Millionen Tonnen Brotgetreide dauernd lagern. Dazu käme noch die Lagerung außerordentlich großer Vorräte von Futtermitteln, deren Knappheit sich ja in dem jetzigen Kriege ebenfalls in bedenklichster Weise fühlbar gemacht hat. Ob die Lagerung einer solchen, während eines ganzen Jahres brach liegenden Getreidemenge von England durchgeführt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Es ist ein großer Unterschied, ob man, wie in Deutschland, die bei weitem überwiegende Menge des benötigten Brotgetreides selbst baut und für die Vorratssicherung nur einen im Vergleich hierzu geringen Teil auf Lager halten muß, oder ob, wie in England, das umgekehrte Verhältnis vorliegt, daß ein verhältnismäßig sehr geringer Bruchteil des benötigten Brotgetreides im Lande selbst gebaut wird und ein der großen Einfuhr entsprechendes Quantum für den Kriegsfall aufgestapelt werden muß. Schon allein die einmalige finanzielle Aufwendung würde etwa mit einer Milliarde Mark für England zu veranschlagen sein. Dann aber kommt hinzu, daß die Organisation, welche erforderlich wäre, um das lagernde Getreide wieder in den Verkehr zu bringen, gerade in England nach allen Erfahrungen mit Maßnahmen des staatlichen Eingreifens auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Die Schaffung eines Getreidemonopols scheint ganz besonders für England eine völlige Unmöglichkeit zu sein. Wie in England die überaus schwierige Frage der Vorratsvorsorge gelöst werden soll, kann man sich vorläufig überhaupt noch nicht vorstellen. Das aber läßt sich sagen: daß England hier durch den Weltkrieg und unsere Marineaktion vor ein Problem gestellt worden ist, dessen Lösung ohne eine tief einschneidende Umwälzung der bisherigen völlig freien Getreideversorgung nicht

möglich sein wird, und daß die Schwierigkeiten, ja vielleicht die Unmöglichkeit der Lösung die wirtschaftspolitische und damit auch die machtpolitische Stellung des britischen Inselreiches maßgebend beeinflussen können.

Wie die Weltwirtschaft überhaupt, so war auch die Stellung Englands, das am stärksten von allen Ländern in die Weltwirtschaft verflochten ist, auf den möglichst ungehinderten Austausch der Güter eingerichtet. Dem Schutze dieses Austausches, den England seit dem Beginn des Krieges sich selbst zu erhalten und Deutschland abzuschneiden suchte, diente die englische Flotte. Mit der Unmöglichkeit, die englischen Küsten für den ausländischen Verkehr im Kriege frei zu halten, wankt die Grundlage, auf welcher Englands Reichtum und Macht aufgebaut sind. Das ist der Erfolg unserer Seewaffen in diesem Kriege. Auf diesem grundlegenden Siege gegenüber der weltwirtschaftlichen Übermacht Englands gilt es, die Unantastbarkeit und die Fortentwicklung unserer eigenen Stellung im Weltverkehr aufzubauen.
